

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom: 10.07.2015 eingegangen: 10.07.2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	15. Plenarsitzung Gemeinderat 29.09.2015 2015/0432 37.1 öffentlich Dez. 1
Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und Organisationsfreiheit für die Stadt Karlsruhe		

Durch eine verstärkte Berichterstattung zu den laufenden Verhandlungen, möglichen Zielen und etwaigen Konsequenzen der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), ist auch in Teilen der Bürgerschaft in Karlsruhe eine kritische bzw. ablehnende Haltung zu TTIP und der Wunsch nach einer verstärkten Transparenz über Verhandlungsinhalte und -ziele zu verzeichnen. Dies drückt sich beispielsweise im Eingang von mehr als 1000 Unterschriften, die sich zur europäischen Initiative STOP TTIP bekennen, aus.

TTIP wirft aus kommunaler Sicht Fragen auf, die auch die Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Karlsruhe betreffen können. Die Stadtverwaltung steht daher einer politischen Positionierung des Gemeinderats im Hinblick auf die kommunale Daseinsvorsorge positiv gegenüber. Die Verwaltung schlägt vor, sich dem "Gemeinsamen Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)" anzuschließen. Sondierungen bei den Fraktionen haben zu dem Ergebnis geführt, dass es bislang nicht zu einer diesbezüglichen Resolution mit überzeugender Mehrheit kommen dürfte.